

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingelesen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend, den 17. Juni 1933.

Nummer 830

Die Weltwirtschaftskonferenz

Abschluss der Diskussionen, Beginn der praktischen Arbeit

London, den 15. Juni (Reuter). Vor einer spärlich gefüllten Halle eröffnete Damatta (Portugal) die Verhandlungen des dritten Tages, indem er Mac-Donald zu der Regelung der Schuldenfrage mit Amerika gratulierte, die das beste Vorzeichen für das Gelingen der Konferenz ist. Er trat für die Rückkehr zu der Goldwährung ein und sprach sich scharf gegen die Doppelwährung aus. Damatta gab Portugals Entschluss bekannt, sich an den Zollfrieden zu halten.

London, 15. Juni (Transocean A.) Die allgemeine Debatte der Weltwirtschaftskonferenz hat bei beständig abnehmendem Interesse am Donnerstag ihren Abschluss gefunden. Das Interesse lebte jedoch wieder auf, als man zu der Wahl des Büros der beiden Hauptausschüsse — des Ausschusses für Wirtschafts- und Handelsfragen und des Ausschusses für Währung und Finanz — schritt. In dem ersten Ausschuss ist der holländische Erstminister Kollijn zum Vorsitzenden und der Bürgermeister von Hamburg, Krogmann, sowie der argentinische Gesandte in Paris, Lebreton, zum ersten bzw. zum zweiten Vize-Vorsitzenden gewählt worden. Der amerikanische Botschafter Cox wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Währung und Finanzfragen ernannt, dem der italienische Finanzminister Jung und der Präsident der österreichischen Nationalbank Kienböck als Vize-Vorsitzende angehören.

Die Sowjetrussische Delegation gab einen Antrag bekannt, gemäss dem die Weltwirtschaftskonferenz entscheiden soll, dass alle bestehenden Gesetze, welche Massnahmen unterdrückenden Charakters gegen andere Staaten enthalten, sofort abgeschafft werden sollen, ganz gleich welche Motive für ihr in Kraftsetzen vorliegen.

Von den verschiedenen am Donnerstag gehaltenen Reden erweckte die des chinesischen Finanzministers T. V. Soong wegen ihrer Aufrichtigkeit und Ernstes besonderes Interesse.

T. V. Soong befasste sich zunächst mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas, und er wies auf die Notwendigkeit hin, den Lebensstandard in China zu heben. Auf diese Weise würde sein Land nicht nur zum grössten Handelsplatz in der Welt werden, sondern die Gesundung Chinas sei auch ein entscheidender Faktor für die Gesundung der Weltwirtschaft. Es sollte weiter möglich sein, Chinas wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit sicherzustellen, um dem Kapital und der Industrie der westlichen Länder eine günstige Gelegenheit für gewinnbringende Anlagen zu

geben. T. V. Soong trat weiter für die Stabilisierung nicht nur des Goldes sondern auch des Silbers ein. Er sprach die Hoffnung aus, dass es der Konferenz gelingen möge, den augenblicklichen, aussergewöhnlich niedrigen Stand des Silbers zu heben und den Kursschwankungen ein Ende zu machen. China tut sein Bestes, seine natürlichen Quellen zu entwickeln und seine Industrie zu reorganisieren, um dem Lebensstandard seines Volkes zu heben. Die chinesische Regierung hat den Wunsch eine gesunde Finanzpolitik zu treiben und künstliche Einschränkungsmassnahmen für Wechselgeschäfte durchzuführen. T. V. Soong erinnerte seine Zuhörer daran, dass die Abrüstungsfrage und das Problem der nationalen Sicherheit gelöst sind.

Zum Schluss erklärte der chinesische Minister, dass China mit der ganzen Welt im Frieden zu leben wünsche und die Idee einer asiatischen Monroe doctrine, welche kurz in das Sprichwort „Asien den Asiaten“ zusammengefasst werden könne, ablehne.

London, den 15. Juni (Reuter). Es heisst, dass die Amerikaner den Führern der Konferenz die baldige Stabilisierung des Dollars versprochen haben. Mit diesem Versprechen ist die französische Gegnerschaft gegen den amerikanischen Vorsitz in dem Währungsausschuss überwunden.

London, den 15. Juni (Reuter). Die amerikanisch-französischen Verhandlungen über den Vorsitz in dem Währungsausschuss sind auf der Basis geregelt worden, dass die Ernennung des früheren Gouverneurs James Cox zum Vorsitzenden ein endgültiger Schritt in der Richtung der englisch-amerikanischen Währungsstabilisierung bedeutet. So wird in französischen Kreisen berichtet.

Die Franzosen sind davon überzeugt, dass jetzt die Rückkehr zu stabilen Währungen schnelle Fortschritte machen wird.

London, 16. Juni (Havas). Die Londoner Presse schreibt zu dem bisherigen Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz: „Die allgemeine Diskussion war unerwartet kurz und sind zu der Praxis ähnlicher Konferenzen in erfreulichem Gegensatz.“

Alle notwendigen Sonderausschüsse sind gewählt worden. Die Schnelligkeit, mit der die bisherigen Verhandlungen geführt wurden, ist ein Zeichen des tiefgehenden und einmütigen Verständnisses der Führer der Delegationen für die wesentlichen Ursachen und Heilmittel der Wirtschaftsdepression. Der bisherige Verlauf der Konferenz lässt hoffen, dass sofort eine eingehende Besprechung stattfindet und wirksame Massnahmen getroffen werden.

die Macht mit allen Mitteln zu halten. Die deutsche Regierung hat keineswegs die Absicht, sich in diesen rein internen Kampf einzumischen. Die Unterdrückung der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich muss die deutsche Regierung aber trotzdem angesichts der engen geschichtlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern als unfreundlichen Akt ansehen.

Der neue Vorsitzende des NDJ Aufsichtsrates

Bremen, den 15. Juni (Transocean A.) Einer der Chefs von Melchers & Co., Karl Lindemann ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Nord-Deutschen Lloyds gewählt worden. Er ist der Nachfolger von Dr. Philipp Heineken, der kürzlich wegen seines hohen Alters zurückgetreten ist.

Jüdische Auswanderung nach Polen

Warschau, 15. Juni (Transocean A.) Entgegen den übertriebenen Berichten, die kürzlich in der polnischen Presse laut wurden, gibt der jüdische Hilfsausschuss bekannt, dass die Zahl der Juden, welche in den letzten Monaten von Deutschland nach Polen eingewandert sind, dreitausend nicht übersteigt. Von diesen dreitausend sind 2600 polnische Bürger und nur etwa 300 haben deutsche Staatsangehörigkeit.

Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Zahl im Laufe dieses Jahres vielleicht noch auf 15 000 steigen wird. Angesichts der Besorgniserregenden Arbeitslosigkeit in Polen besteht wenig Hoffnung, dass diese Einwanderer Arbeit finden. Es wird daher angeregt, sie nach Palästina zu senden.

Halbmast

Berlin, 15. Juni (Transocean A.) Auf Befehl der Reichsregierung werden in ganz Deutschland am 28. Juni, dem Tag, an dem vor vierzehn Jahren der Versailler Vertrag unterzeichnet worden ist, alle Flagge auf Halbmast gehen.

Die Reichsregierung regt weiter an, dass die Regierungen der Bundesstaaten an diesem Tage Gedächtnisfeiern abhalten, bei welcher Gelegenheit die Redner auf die tragische Bedeutung des Vertrages für Deutschlands Zukunft hinweisen sollen.

Oesterreich Im Kampf mit den Inneren Gewalten

Wien, 15. Juni (Transocean A.) Das Polizei-Amt gibt bekannt, dass gegen einige Personen, die am Mittwoch verhaftet worden sind, und im Verdacht stehen, an den kürzlichen Bombenattentaten beteiligt zu sein, das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden ist. Die Behörden weigern sich, irgendwelche Informationen über die Identität und politische Zugehörigkeit der Verhafteten zu geben.

Es wird jedoch erklärt, dass, obgleich keiner der Verhafteten bisher geständig ist, starke Verdachtsmomente gegen sie vorliegen.

Das Telefonkabel zwischen Wien und Süd-Oesterreich sowie Jugoslawien ist in der letzten Nacht von unerkannt entkommenen Personen im Semmering-Pass durchschnitten worden.

Die Delegation der Pan-deutschen Gruppe des Nationalrates unter dem Vorsitz von Professor Joppa hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten Niklas, dem Vizekanzler Winkler und dem Justizminister Schuschnigg, um gegen die Verhaftung der nationalsozialistischen Funktionäre in Bausch und Bogen Protest einzulegen. Nach Ansicht der Delegation haben diese Funktionäre nichts mit den kürzlich verübten Attentaten zu tun. Sie verlangt weiter, dass die Regierung sofort die nötigen Schritte unternimmt, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich wieder herzustellen.

Verfahren gegen den afghanischen Gesandten-Mörder eröffnet

Berlin, 14. Juni (Transocean A.) Der afghanische Student Kamed ist wegen Mordes und versuchten Mordes angeklagt worden. Er hat am 6. Juni den afghanischen Gesandten Sirda Asis Khan erschossen und den Begleiter des Gesandten, den afghanischen Studenten Abik, verwundet. Der Angeklagte, der mit anderen afghanischen Studenten zusammen im Jahre 1922 von der Regierung Königs Amanullah zu Studienzwecken nach Berlin gesandt worden ist, gibt zu, ein Anhänger Amanullahs und ein Feind der augenblicklichen afghanischen Regierung zu sein. Das Attentat auf den Gesandten, der als einer der prominentesten Vertreter der augenblicklichen Regierungen angesehen wird, ist sorgfältig vorbereitet worden. Durch den Mord, der in der afghanischen Gesandtschaft stattgefunden hat, wird ein interessanter Punkt des internationalen Gesetzes berührt. Nach den internationalen Gesetzen sind die Wohnungen diplomatischer Vertreter extraterritorial und unterstehen nicht der Gerichtsbarkeit des Landes. Der deutsche Oberste Gerichtshof hat jedoch entschieden, dass Privilegium der Extraterritorialität nur von den diplomatischen Vertretern und deren Personal in Anspruch genommen werden kann.

Faschismus in Jerusalem

Jerusalem, den 15. Juni (Transocean A.) Pressenachrichten zufolge nimmt die faschistische Bewegung unter der arabischen Jugend an Umfang zu, und es heisst, dass die in Palestina und den Nachbarstaaten wohnenden Araber aufgefordert worden sind, eine faschistische Partei zu gründen.

Die säumigen Schuldner

Paris, 15. Juni (Transocean A.) Das Gerücht, dass Frankreich dem Beispiel Englands folgend den Vereinigten Staaten einen Beweis für seinen Zahlungswillen liefern will, wird vom „Echo de Paris“ dementiert. Diese Zeitung will aus amtlicher Quelle wissen, dass die französische Regierung sich streng an die Entscheidung der Kammer hält, die am Donnerstag fällig werdende Teilzahlung ebenso wie den im Dezember letzten Jahres fälligen Betrag nicht zu leisten, solange die Schuldenfrage nicht endgültig und im Einklang mit dem Lausanne Abkommen gelöst worden ist. (Fortsetzung Seite 10)

Die deutsch-österreichischen Beziehungen

Berlin, 15. Juni (Transocean A.) Zu der wachsenden Spannung zwischen Deutschland und Oesterreich schreibt die halbamtliche „Diplomatische Korrespondenz“: „Die Dollfuss-Regierung scheint ihr Hauptziel in der Bekämpfung der Bewegung zu sehen, welche in Deutschland am 30. Januar zur Macht gelangt ist. Die systematische Ausschliessung der österreichischen Nationalsozialisten von allen Regierungsgeschäften ist in letzter Zeit weiter verschärft worden. Diese gewaltsame Unterdrückung hat zweifellos zu einer Reaktion geführt, der die bedauerlichen Vorfälle in den letzten beiden Tagen zuzuschreiben ist.“

Die österreichische Regierung versucht, sich zwischen die Sympathie des nicht-deutschen Auslandes dadurch zu erwerben, dass sie den inneren Kampf um die Macht mit der Frage der Freiheit und der europäischen Ordnung zusammenbringt und dadurch, dass sie vorgibt, ihre wachsenden Schwierigkeiten seien auf die Einmischung des deutschen Reiches zurückzuführen. Er ist bemerkenswert, dass der Aufruf Oesterreichs für die Sympathie des Auslandes den Erfolg gehabt hat, die Mächte wachzurufen, welche immer danach gestrebt haben, eine Entfremdung zwischen Deutschland und Oesterreich herbeizuführen. Es ist sogar behauptet worden, dass Deutschland einen gewaltsamen Anschluss beabsichtige. Solche Verleumdungen entbehren jeglicher Grundlage. Die bestehende österreichisch-deutsche Spannung ist ausschliesslich auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Minderheiten-Regierung Oesterreichs bestrebt ist,